

**Betr.: Gemeinsame Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und des Sportausschusses des Deutschen Bundestages zur Thematik:**

**„Die Olympische Charta, die Spiele in Peking 2008 und die Achtung der Menschenrechte“**

**Stellungnahme von Prof. Dr. Helmut Digel (Universität Tübingen)**

**Vorbemerkung**

Die Werte und Ideale des modernen Olympismus, begründet durch Pierre de Coubertin und weitergeführt über internationale philosophische Studien zur modernen olympischen Bewegung, haben nach wie vor ihre Relevanz und sind gerade vor dem Hintergrund einer fortschreitenden Kommerzialisierung des modernen Hochleistungssports und vor dem Hintergrund von Betrug und Manipulationen sportlicher Höchstleistungen von besonderer Aktualität. Gleiches gilt für die Olympische Charta, in der die Ideen des modernen Olympismus über ein Regelsystem festgelegt sind.

Die Entscheidung, des IOC die Olympischen Spiele im Jahr 2008 in China auszurichten, kann aus der Sicht von heute nach wie vor als angemessen und wegweisend bezeichnet werden. Mit der Anerkennung des Nationalen Olympischen Komitees Chinas durch das Internationale Olympische Komitee wurde die größte Nation in die olympische Gemeinschaft aufgenommen. Damit wurde ihr auch die Möglichkeit eröffnet, sich für Olympische Spiele zu bewerben. Die Bewerbung Chinas erfolgte gemäß der vorgegebenen Regeln. Sie zeichnete sich durch höchste Qualität aus. Insofern ist die demokratische Entscheidung zu Gunsten Pekings als eine sinnvolle, korrekte und politisch angemessene Entscheidung zu bezeichnen.

Bisher wurden solche IOC-Entscheidungen immer auch mit Blick auf die Menschenrechtssituation in den Bewerberländern getroffen. Die Achtung der Menschenrechte ist dabei ein wichtiges Postulat. Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass

nach wie vor weltweit eine Verletzung von Menschenrechten zu beklagen ist. Würde das IOC dieses Kriterium zum zentralen Prüfkriterium für die Ausrichtung Olympischer Spiele machen, so wären Olympische Spiele nicht mehr möglich. Deshalb kann es nur darum gehen, das Postulat der Achtung der Menschenrechte in angemessener Weise sowohl im Bewerbungsverfahren als auch bei der Durchführung der Olympischen Spiele im jeweiligen Ausrichterland in angemessener Weise zum Verhandlungsthema zu machen. Wichtig ist dabei, dass im Dialog zwischen dem IOC und dem ausrichtenden NOK das Problem der Menschenrechtsverletzungen kontinuierlich im Blick bleibt und alles getan wird, dass die Olympischen Spiele zu einer Minderung der Menschenrechtsverletzungen beitragen. Sie als Instrument zur Lösung der Menschenrechtsproblematik zu verwenden, erscheint dabei wenig hilfreich und sinnvoll zu sein.

### **Menschenrechtsverletzungen in China**

Seit der Gründung der Volksrepublik China können eine Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen in China beobachtet werden. Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte der UNO-Generalversammlung vom 10. Dezember 1948 wird von der chinesischen Regierung wohl akzeptiert, in der Frage, was als Menschenrecht zu definieren ist und unter welchen Bedingungen eine Verletzung eines Menschenrechts vorliegt, gibt es jedoch aus chinesischer Sicht erhebliche gesellschaftspolitisch und kulturbedingte Unterschiede. Repräsentanten der verschiedenen chinesischen Regierungen haben wiederholt die universelle Gültigkeit von Menschenrechten in Frage gestellt und an deren Stelle eine kulturellrelativistische Position favorisiert.

Folgt man den Beobachtungen von Amnesty International und berücksichtigt man auch eigene Erfahrungen im Umgang mit der chinesischen Gesellschaft, so lassen sich derzeit vor allem folgende Menschenrechtsverletzungen in China beobachten.

- (1) Es gibt nach wie vor willkürliche Inhaftierungen. Es kommt zur Anwendung von Foltermethoden und Gerichtsverfahren beachten nicht alle Rechtsstandards, wie sie international in Demokratien üblich sind. Das Konzept der Umerziehung durch Arbeit findet ebenfalls noch Anwendung. Dabei kommt es zur Internierung in Arbeitslagern.
- (2) In China wird nach wie vor die Todesstrafe vollstreckt. Allein für das Jahr 2007 wird angenommen, dass mindestens 1.140 Urteile vollstreckt wurden. Die To-

desstrafe wird bei ca. 70 Straftatbeständen angewendet. Seit 2007 wird nun eine Überprüfung durch das Oberste Volksgericht vorgenommen und Exekutionen mittels einer Giftspritze werden üblicher.

- (3) Eine freie politische Meinungsäußerung ist in China nur sehr eingeschränkt möglich. Journalisten, aber auch Rechtsanwälte berichten von Repressalien, Inhaftierungen und Gefängnisstrafen, die oft ohne Anklageerhebung erfolgen. Bürgerrechtler werden observiert und stehen unter Hausarrest. Rechtsanwälte dürfen ihre Mandanten nur eingeschränkt verteidigen. Eine Einschränkung der Meinungsfreiheit findet auch bei der Anwendung des Internets bzw. der Möglichkeiten zur E-Mail-Kommunikation statt. Wohl haben sich für die chinesische Bevölkerung die internationalen Kommunikationsmöglichkeiten in den vergangenen Jahren erheblich gebessert, eine entsprechende zentrale Kontrolle findet jedoch nach wie vor statt und politische Kritik am System kann nicht nur zur Begrenzung der Kommunikationsmöglichkeiten führen, entsprechende unangebrachte Äußerungen können nach wie vor eine Haftstrafe zur Folge haben.
- (4) Frauen sind in der chinesischen Gesellschaft nach wie vor diskriminiert; es sind vor allem gesellschaftlich-kulturelle Gründe, dass Mädchen und Frauen in der Hierarchie der Geschlechter einen geringeren wirtschaftlichen und sozialen Status aufweisen. Deshalb wird vielen Mädchen das Recht auf Schulbildung verwehrt. Sexuelle Ausbeutung von Frauen ist ebenfalls zu beklagen.
- (5) Durch das große Stadt-Land-Gefälle und durch wachsende soziale Ungleichheit ist das Wanderarbeiterproblem zu einem weitreichenden Problem der chinesischen Gesellschaft geworden. Den Wanderarbeitern werden vielfach ihre Grundrechte vorenthalten. Ihre Lebensbedingungen sind oft inakzeptabel, ihnen werden häufig keine Löhne bezahlt, es werden soziale Leistungen des Staates verhindert, die Kinder von Wanderarbeitern haben so gut wie keine Bildungschancen.
- (6) Das Gebot der religiösen Toleranz wird in China gegenüber Andersgläubigen, die nicht den staatlich zugelassenen Kirchen angehören, kontinuierlich verletzt. Volksgruppen wie die Uiguren und Tibeter sind Repressionen ausgesetzt und in ihren Rechten auf freie Meinungsäußerung, Bildung, Vereinigungs- und Religionsfreiheit beschnitten.

- (7) Politische Flüchtlinge werden in China so gut wie nicht akzeptiert. Die aus Nordkorea in China strandenden Flüchtlinge werden gegen ihren Willen nach Nordkorea zurückgebracht.

### **Erfolgte Maßnahmen zur Verbesserung der Menschenrechtssituation**

Seit der Entscheidung zu Gunsten der Ausrichtung der Olympischen Spiele im Jahr 2008 lassen sich in China eine ganze Reihe von sozial- und infrastrukturellen Verbesserungen beobachten, die indirekt auch zu einer Verbesserung der Menschenrechtssituation geführt haben.

- (1) In Bezug auf die Pressefreiheit wurden neue Regeln für ausländische Journalisten verabschiedet. Sie sind seit Januar 2007 gültig und wurden bis Oktober 2008 befristet. Ausländische Journalisten unterliegen dabei einer geringeren staatlichen Kontrolle, sie erhalten Reiseerleichterungen, die obligatorische Anmeldung und Abmeldung wurde zurückgenommen. Von einer Freizügigkeit ausländischer Journalisten sollte dabei aber nicht gesprochen werden. Nach wie vor sind die Möglichkeiten zur freien Berichterstattung erschwert. Insbesondere muss beachtet werden, dass diese neuen Regeln nicht für chinesische Journalisten gelten.
- (2) Insgesamt lässt sich vor allem in den großen Städten ein größerer Freiraum für die sich abzeichnende Zivilgesellschaft beobachten. Die gezielte Förderung des privaten Eigentums und die staatlich initiierte Motivierung privatwirtschaftlicher Initiativen haben neue Interessensbekundungen zur Folge; dies führt auch zu neuen Freiheitsgraden in der Artikulation politischer Meinungen.
- (3) Die Tatsache, dass das Oberste Gericht die Todesurteile nunmehr überprüft, kann als wichtiger Fortschritt bezeichnet werden. Es ist zu vermuten, dass es dadurch zu weniger Hinrichtungen kommen könnte. Hierzu wäre jedoch eine Transparenz der Verfahren notwendige Bedingung.
- (4) Das Problem der Wanderarbeiter wird von der Regierung unter Staatspräsident Hu Jintao als äußerst prioritär betrachtet. Es ist bereits zu einem Beschluss zur fairen Behandlung von Wanderarbeitern gekommen. Seit einem Jahr ist es Kindern von Wanderarbeitern gestattet, öffentliche Schulen zu besuchen und es werden gezielte Integrationsmaßnahmen in den Städten initiiert, um die Arbeiter als städtische Bürger zu integrieren. Die Situation der Wanderarbeiter ist dennoch nach wie vor äußerst kritisch, eine soziale Absi-

cherung (Renten- und Krankenversicherung) ist nicht gegeben. Die Löhne sind nach wie vor viel zu gering.

### **Forderungen an das IOC bzw. an Sportorganisationen**

Verschiedene Menschenrechtsorganisationen haben bis heute mehrfach Briefe an das IOC gerichtet. Die Absender dieser Briefe setzen sich für die Verbesserung der Menschenrechtssituation in China ein und stellen dabei konkrete Forderungen an das IOC. Die Forderung der Organisation „Olympic Watch“ kann beispielsweise aus der Situation einer Menschenrechtsorganisation heraus als berechtigt bezeichnet werden, sie entspricht jedoch in vieler Hinsicht nicht jenen Möglichkeiten, über die das IOC gegenüber einem Ausrichterland verfügt. So ist es unrealistisch anzunehmen, dass das chinesische Organisationskomitee BOCOC entpolitisiert werden kann, d.h. dass dieses Komitee parteipolitisch unabhängig sein könnte. Die Tatsache, dass die Mitglieder von BOCOC vorrangig Mitglieder der KP sind, sollte auch nicht gleichgesetzt werden mit dem Sachverhalt, dass es allein deshalb zu einem Missbrauch der Spiele zur politischen Propaganda kommen kann. Realistischer sind die Forderungen der „Reporter ohne Grenzen“ nach regelmäßigem Dialog mit dem Olympischen Komitee Chinas über mehr Freiheit in China. Es wäre wünschenswert, dass sich das IOC diese Forderungen zueigen macht und sie besonders gewichtet.

### **Reaktion des IOC**

Das IOC, an seiner Spitze Dr. Jacques Rogge, konstatiert Respekt gegenüber den Menschenrechtsgruppen, die sich gegen die Menschenrechtsverletzungen in China stellen. Das IOC weist jedoch die Kritik am eigenen Verhalten diesbezüglich zurück. Mit Blick auf die wechselhafte Geschichte der Olympischen Bewegung seit der Begründung der modernen Olympischen Spiele 1896 verweist das IOC auf die begrenzten Möglichkeiten einer autonomen Sportbewegung gegenüber nationalen politischen Systemen, insbesondere dann, wenn in diesen Systemen Menschenrechtsverletzungen auf der Tagesordnung stehen. Das IOC betont, dass die Olympische Bewegung selbst als eine humanitäre Bewegung zu betrachten ist, in der es um interkulturelle Verständigung, um Begegnung und um ein friedliches Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger in einer Welt geht, die durch Globalisierungsprozesse geprägt wird. Das IOC nimmt für sich in Anspruch, dass es bei der Vergabe von Olympischen Spielen gesellschaftliche Probleme beachtet und gewichtet. Die Welt des

Sports soll dabei nicht als eine Insel betrachtet werden. Sie befindet sich vielmehr in einem intensiven Beziehungsgeflecht zu verschiedenen gesellschaftlich relevanten Bereichen, so z. B. zur Politik, zur Wirtschaft, zu den Massenmedien und zur Wissenschaft. Durch die Durchführung von Olympischen Spielen kann es zu entscheidenden gesellschaftlichen Impulsen und Veränderungsprozessen kommen, die im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der ausrichtenden Länder sein können. Dies gilt für Maßnahmen in Bezug auf anzutreffende Umweltprobleme gleichermaßen wie für integrative Aspekte, die durch Olympische Spiele im jeweiligen Land erzielt werden können. Nicht zuletzt können Olympische Spiele auch infrastrukturelle Probleme lösen und einen wichtigen ökonomischen Beitrag leisten. Das IOC weist deshalb darauf hin, dass die jüngsten Reformen in China, sowohl im massenmedialen Bereich, aber auch in Bezug auf Fragen des Eigentumsrechts als Fortschritt bezeichnet werden können, wobei die Vergabe der Olympischen Spiele nach Peking eine entscheidende Rolle gespielt hat. Das IOC weist auch darauf hin, dass nunmehr in China ein neues Bewusstsein in Bezug auf Kinderarbeit entstanden ist und dass auch in Umweltfragen entscheidende Fortschritte beobachtet werden können. Das IOC setzt auch auf eine intensive Partnerschaft mit dem Organisationskomitee in Bezug auf das Dopingproblem, bei dessen Entwicklung in der Vergangenheit China eine problematische Rolle gespielt hat. Insgesamt ist das Olympische Komitee davon überzeugt, dass seit der Vergabe der Olympischen Spiele an China die olympische Bewegung einen entscheidenden Beitrag zum Wandel der chinesischen Gesellschaft geleistet hat und in der weiteren Zukunft noch leisten wird.